

Niederschrift

über die **öffentliche** Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales
von Montag, 09.04.2018,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:45 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Jens Marco Scherf.

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder

Frau Ingrid Ballmann
Frau Edeltraud Fecher
Herr Ulrich Frey bis 15:55 Uhr
Frau Sabine Kettinger
Frau Hannelore Kreuzer
Herr Dr. Heinz Linduschka
Herr Engelbert Schmid bis 16:15 Uhr
Herr Karl Josef Ullrich
Frau Monika Wolf-Pleißmann
Frau Susanne Wörner

Stellv. Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hans Jürgen Fahn Vertretung für Herrn Edwin Lieb

Entschuldigt gefehlt haben:

Ausschussmitglieder

Herr Edwin Lieb
Frau Karin Passow
Herr Erich Stappel
Herr Wolfgang Zöllner

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Dr. Dittmeier, Abt. 2 Zu TOP 5
Herr Feil, Abt. 1 Juristische Sitzungsbegleitung
Frau Fleischmann, B 1.2 Zu TOP 8 und 9
Frau Greulich, SG 23 Zu TOP 2
Herr Krah, Abt. 5 Zu TOP 6
Frau Schillikowski, B 1.1 Zu TOP 7
Frau Seidel, UB 1 Zu TOP 7 - 9
Herr Vill, SG 23 Zu TOP 3 und 4
Frau Zipf-Heim, B 1.1 Schriftführerin

Ferner haben teilgenommen:

Herr Erfurth, Kreisheimatpfleger Zu TOP 6
Frau Mann, Caritas Zu TOP 1
Herr Springer, Kreisheimatpfleger Zu TOP 6
Herr Wolf, Kreisheimatpfleger Zu TOP 6

Tagesordnung:

- 1 Soziale Wohnungsbörse FAIR Mieten - Vorstellung des Jahresberichts 2017
- 2 Flüchtlinge im Landkreis Miltenberg – aktuelle Entwicklung
- 3 Sachstand Evaluation Seniorenpolitisches Gesamtkonzept und Fortschreibung Pflegebedarfsplanung
- 4 Aufstockung der Landkreisförderung für die Beratungsstelle für Senioren und pflegende Angehörige ab 01.07.2018
- 5 Erstellung eines neuen gemeinsamen digitalen Wegweisers für Menschen mit Behinderung für die Region I und den Landkreis Main-Spessart
- 6 Berichte über die Tätigkeit der Kreisheimatpfleger/-in und Vorstellung aktueller Projekte durch Herrn Kreisheimatpfleger Bernhard Springer
- 7 Sachstand Bayerische Ehrenamtskarte
- 8 Rückblick und Ausblick: Kulturwochenherbst 2017 und 2018
- 9 Ausblick Internationaler Chorwettbewerb 2018
- 10 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

Soziale Wohnungsbörse FAIR Mieten - Vorstellung des Jahresberichts 2017

Landrat Scherf sagt, dass man zum ersten Mal einen Jahresbericht zur sozialen Wohnungsbörse „FAIR Mieten erhalten. Er erinnert, dass dafür der Beschluss des Kreistages vom 12.05.2016 ausschlaggebend gewesen sei. Damals sei einstimmig beschlossen worden, dass der Landkreis Miltenberg ab sofort eine Förderung zur Finanzierung einer beim Caritasverband für den Landkreis Miltenberg zu schaffenden Stelle zur Vermittlung von angemessenem Wohnraum für Wohnungssuchende im Landkreis Miltenberg schaffe. Landrat Scherf dankt dem Caritas Kreisverband als bewährten und verlässlichen Kooperationspartner des Landkreises. Diese Maßnahme habe nicht abgeschaut werden können, sondern habe entwickelt werden müssen.

Frau Anne Mann, Caritas Miltenberg, stellt die soziale Wohnungsbörse „FAIR Mieten“ anhand beiliegender Präsentation vor.

Landrat Scherf dankt Frau Mann für diesen Erfolgsbericht. Er stellt fest, dass der Kreistag im Rückblick sehr stolz auf seine Entscheidung von 2016 sein könne. Damals sei durch die zunehmende Zahl der anerkannten Flüchtlinge Wohnraum im Landkreis Miltenberg deutlich verknappt worden, und der Landkreis habe sich vorgestellt, dass man eine Wohnungsvermittlungsstelle einrichte, um Angebot und Nachfrage zusammenzuführen, um Miethemmnisse abzubauen und vor allem, das Angebot an alle Menschen mit niedrigem Einkommen zu richten.

Die Bilanz von 114 vermittelten Wohnungen hätte man sich in dieser positiven Zahl nicht zu träumen gewagt.

Kreisrat Dr. Linduschka dankt Frau Mann für den Bericht und die sehr eindrucksvollen Zahlen. Er möchte wissen, welche Stundenzahlen für die Mietkurse angeboten worden seien. Weiterhin fragt er, ob alle 31 Teilnehmer den Kurs bis zum Ende besucht hätten.

Kreisrat Dr. Linduschka fragt, ob es eine spezielle Art gebe, wie man auf das Klientel der deutschen Wohnungssuchenden eingehe.

Frau Mann antwortet, dass alle Module des Mietkurses für die anerkannten Flüchtlinge an einem Tag zusammengefasst worden seien. Die Seminare dauern im Schnitt 2,5 bis 3 Stunden. Die Kurse seien für anerkannte Flüchtlinge angeboten worden, die sowohl noch in dezentralen Unterkünften gewohnt hätten, aber auch an solche, die bereits in Mietwohnungen gewesen seien.

Sie nehme es als Anregung mit, für deutsche Wohnungssuchende einen solchen Mietkurs anzubieten, da es in diesem Bereich sicher auch Hemmnisse gebe.

Landrat Scherf sagt, dass es ganz wichtig sei, herauszustellen, dass im Landkreis Miltenberg jedem geholfen werde, der einen Anspruch oder Not habe, eine Wohnung zu finden. Im Jahr 2017 hätten auch 55 Deutsche einen Wohnraum vermittelt bekommen.

Kreisrat Dr. Fahn bestätigt, dass es hier um Hilfe für sozial Schwache gehe, wozu natürlich die Deutschen genauso dazugehörten. Die Erfolgsquote von 31% sei hervorragend. In Unterfranken gebe es nicht flächendeckend, sondern nur in Main-Spessart und Haßberge noch ein solches Projekt. Dieses Projekt zeige, dass der Landkreis Miltenberg insgesamt voran gehe.

Es sei ganz wichtig, die Flüchtlinge über den Umgang mit knappen Ressourcen aufzuklären. Er fragt, ob die genannten syrischen Vermittlungen eher große Familien oder Singlehaushalte seien. Weiterhin möchte er wissen, ob es bereits konkrete Beschwerden von Vermietern gegeben habe.

Frau Mann antwortet, dass sowohl viele alleinstehende syrische Männer als auch Großfamilien in den Landkreis gekommen seien. Beide Gruppen seien schwer zu vermitteln. Konkrete Beschwerden von Vermietern habe es bisher nicht gegeben. Wenn vermietet werde, werde vorab nochmals genau informiert zur jeweiligen Hausordnung, zum Mietvertrag etc. und der verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen besprochen.

Kreisrätin Kettinger fragt, wie Wohnungssuchende auf Frau Mann aufmerksam würden.

Frau Mann antwortet, dass es seit 2016 öfters durch die Presse gegangen sei. Es habe zwei Berichte im Main-Echo, dann habe sie in den Amtsblättern 2017 und 2018 einen Aufruf gestartet. Die Flyer lägen in den Rathäusern aus. Die Asylsozialberater, JobCenter, Sozialamt wüssten alle Bescheid und schickten Wohnungssuchende zu ihr.

Kreisrätin Kreuzer habe mit Frau Mann sehr gute Erfahrungen gesammelt. In Kleinwallstadt würden die Leute gleich an die soziale Wohnungsbörse verwiesen. Die Helferkreise wüssten darüber auch Bescheid. Vor kurzem habe der Markt Kleinwallstadt eine Wohnung an Afghänen vermietet. Sie seien von ihr über den Umgang mit den Ressourcen aufgeklärt worden, aber sie hätten bereits sehr gut Bescheid gewusst.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

Flüchtlinge im Landkreis Miltenberg – aktuelle Entwicklung

Frau Greulich und Herr Vill berichten anhand beiliegender Präsentation über die aktuelle Entwicklung der Flüchtlingszahlen im Landkreis Miltenberg.

Kreisrat Dr. Fahn sagt, dass es ziemlich viele Helferkreise, nämlich 16, im Landkreis Miltenberg gebe, die sich sehr gut um die Flüchtlinge kümmerten. Die von Herrn Vill genannten weiteren Herausforderungen müssten mit den Helferkreisen abgesprochen werden. Er weist darauf hin, dass im Sozialausschuss des Bayerischen Landtages einstimmig der Beschluss gefasst worden sei, dass die Staatsregierung aufgefordert werde, die Schließung von dezentralen Unterkünften auch in Abstimmung mit Helferkreisen vorzunehmen, so dass auch auf örtliche Begebenheiten im Einzelfall Rücksicht genommen werden könne. Das sei sehr wichtig, damit sich Helferkreise dadurch mehr beachtet fühlten, weil sie sich auch sehr stark für die Flüchtlinge engagieren und auch um die Erfahrung und die Kenntnisse, die Helferkreise hätten, in Zukunft besser mit einzubeziehen.

Landrat Scherf sagt, dass man aus dem Bericht von Frau Greulich erfahren habe, wie viel Mühe und Nachdenken immer damit verbunden sei, wenn Einrichtungen geschlossen würden, um alle verschiedenen Interessen miteinander abzuwägen.

Im Landkreis Miltenberg funktioniere es so gut mit der Integration und Betreuung der Flüchtlinge, habe etwas damit zu tun, dass man einerseits ein sehr hohes Engagement bei den Bürgerinnen und Bürgern habe, und da man andererseits auf Seiten der Ämter sehr pragmatische, wertorientierte und vernünftige Entscheidungen treffe.

Kreisrätin Wolf-Pleißmann möchte wissen, ob alle Asylbewerber*innen im Landkreis Miltenberg anerkannt worden seien oder ob Flüchtlinge auch abgeschoben worden seien.

Herr Vill antwortet, dass Abschiebungen nicht den Bereich des Sozialamtes beträfen, dies laufe formalüber die Ausländerbehörde. Genaue Zahlen könne er deshalb nicht nennen, aber selbstverständlich habe es auch Ablehnungen und Abschiebungen gegeben.

Landrat Scherf ergänzt, formal sei zwar das Ausländeramt im Landratsamt zuständig, aber die Entscheidungen lägen in der Zuständigkeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge bzw. der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB).

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 6:

Berichte über die Tätigkeit der Kreisheimatpfleger/-in und Vorstellung aktueller Projekte durch Herrn Kreisheimatpfleger Bernhard Springer

Der Tagesordnungspunkt wird vorgezogen und an dritter Stelle behandelt.

Kreisheimatpfleger Bernhard Springer berichtet, wie viel ehrenamtlichen Einsatz er mit seinen Kollegen Eric Erfurth und Gerd Wolf sowie seiner Kollegin Hedwig Eckert leistet.

Eric Erfurth, zuständig für die Museumslandschaft im Landkreis, berate unter anderem die Museen und konzipiere einen Internetauftritt. Er plane zudem die Einführung eines Weltkulturerbetags im Landkreis, so Springer. Zu Erfurths Aufgaben gehörten auch Führungen, die Erstellung von Publikationen und Baustellenbetreuungen bei mehreren archäologisch relevanten Bodeneingriffen in Obernburg.

Gerd Wolf sei eine Instanz im Landkreis Miltenberg. Der Berater im technischen Denkmalschutz von Profanbauten sei ständig mit der Erstellung von Stellungnahmen beschäftigt und nehme viele Termine wahr, sagt Springer und lobt Wolfs allgemein anerkannte Kompetenz und Sachverstand.

Hedwig Eckert sei vielbeschäftigt in Sachen Volkskunde, Tracht und Mundart. Sie sei sehr umtriebig, nehme viele Termine wahr und halte zahlreiche Vorträge, so Springer. Zurzeit erstelle sie eine Sammlung alter Heimatlieder, damit diese nicht in Vergessenheit geraten, auch ein Wörzbörde-Projekt sei in Arbeit.

Bernhard Springer selbst versuche unter anderem, die Themen beim Tag des offenen Denkmals in den einzelnen Orten zu konkretisieren. Beschäftigt sei er mit der Beschaffung von Heimatbüchern für die Landkreisbibliothek, die Planung für die unterfränkischen Kulturtag in Amorbach nehme viel Zeit in Anspruch wie auch die Gestaltung der Zeitschrift „Heimat MIL“. Ein Anliegen ist es ihm, die Jugend für Themen der Heimat zu begeistern. Er begreife dies als große Chance, aber auch als Notwendigkeit.

Landrat Scherf dankt für das wertvolle Engagement des vierköpfigen Teams der Kreisheimatpflege und betont die Bedeutung der Bewahrung des kulturellen Erbes als Fundament für die Gestaltung der Zukunft.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 3:

Sachstand Evaluation Seniorenpolitisches Gesamtkonzept und Fortschreibung Pflegebedarfsplanung

Herr Vill trägt anhand beiliegender Präsentation den Sachstand zur Evaluation des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes und zur Fortschreibung der Pflegebedarfsplanung vor.

Kreisrat Dr. Fahn lobt das sehr gute Konzept. Der Expertenworkshop mit den direkt Betroffenen sei ein sehr wichtiger Punkt. Bei dem Seniorenpolitischen Gesamtkonzept habe es auch Berichte von Leuten gegeben, die konkret aus ihrer Erfahrung aus ihren Orten und Verbänden berichtet hätten, was sehr gut zum Erfolg geführt habe. Er möchte wissen, ob der eine Tag des Expertenworkshops ausreichend sei.

Herr Vill bescheinigt, dass der Workshop so organisiert sei mit konkreten Gruppenarbeiten, die einzelne Bereiche bearbeiten würden, so dass ein Tag für eine intensive Beteiligung ausreichend sei.

Kreisrat Dr. Linduschka fragt nach dem Grund der Verteilung der Fragebögen in den südlichen und nördlichen Landkreis sowie in den Südspessart.

Herr Vill erklärt, dass der Südspessart so viele Fragebögen wie der südliche Landkreis erhalte, weil der Südspessart sonst statistisch nicht ausreichend auswertbar wäre. Im nördlichen und südlichen Landkreis erhalte jeder 17. der dort wohnenden 31.000 Senioren einen Fragebogen, im Südspessart erhalte jeder vierte der dort wohnenden Senioren einen Fragebogen zugeschiedt. Der Südspessart habe seine besonderen Probleme, deswegen solle die Möglichkeit bestehen, dass diese Probleme angesprochen würden und nicht zu kurz kommen. In der Auswertung werde es wieder auf die tatsächliche Einwohnerzahl runtergebrochen.

Kreisrätin Wolf-Pleißmann möchte wissen, ob alle Gemeinden teilgenommen hätten.

Herr Vill antwortet, dass es erstens ganz wichtig sei, dass alle Gemeinden mitmachen würden. Es bestehe allerdings nicht nur für den Landkreis und die kreisfreien Städte eine Verpflichtung, dieses Konzept zu erstellen, sondern es bestehe auch eine gesetzliche Verpflichtung für die Gemeinden, daran teilzunehmen.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4:

Aufstockung der Landkreisförderung für die Beratungsstelle für Senioren und pflegende Angehörige ab 01.07.2018

Herr Vill berichtet, dass die „Beratungsstelle für Senioren und pflegende Angehörige“ (BSA) seit 2008 besteht. Trägerin ist eine Arbeitsgemeinschaft aus allen großen Wohlfahrtsverbänden im Landkreis sowie zahlreicher stationärer und ambulanter Pflegeeinrichtungen. Durch dieses einzigartige Konstrukt gewährleistet die Beratungsstelle eine trägerunabhängige und neutrale Beratung von Senioren, Pflegebedürftigen und deren Angehörigen.

Aktuell (Stand Januar 2018) beschäftigt sie in ihrer Hauptstelle in Miltenberg, Brückenstr. 19, und den beiden Zweigstellen in Erlenbach, Bahnstr. 22, sowie Stadtprozelten, Hauptstr. 131, noch drei Mitarbeiter/innen („Köpfe“ = ca. 1,6 rechnerische VZK) und setzt sich zusammen aus

- der Fachstelle für pflegende Angehörige (FpA), ca. 1,1 VZK (Hr. Schmitt, Fr. Hofmann)
- der Beratungsstelle Demenz Untermain (BDU), 0,5 VZK (Fr. Ort).

Die Fachstelle für pflegende Angehörige war ab 01.09.2012 bis 31.12.2014 mit 1,06 VZK besetzt, danach mit 1,0 und seit 1.11.2016 mit ca. 1,1 VZK (1,0 VZK + 30 Std./Monat (450 €-Basis)).

Die zeitweise ebenfalls zugeordnete Pflegeüberleitung der Kliniken Miltenberg-Erlenbach wird seit 01.01.2016 wieder direkt von Helios wahrgenommen.

Neben ihrer originären Aufgabe, nämlich der fachkompetenten Beratungstätigkeit, organisiert die BSA Vorträge, Kurse und Treffen für pflegende Angehörige, Schulungen für Alltagsbegleiter für Demenzkranke, Demenz-Gottesdienste, Öffentlichkeitsarbeit z.B. mit dem Demenzmobil, Info-Veranstaltungen oder in Zusammenarbeit mit der Seniorenfachstelle des Landratsamtes Schulungen von Ansprechpartnern/innen für Senioren in den Landkreisgemeinden und vieles mehr.

Weitere Informationen können dem beiliegenden Jahresbericht 2017 sowie der Internetseite der Beratungsstelle: www.seniorenberatung-mil.de entnommen werden.

Außer vom Landkreis wird die Stelle gefördert vom Bezirk Unterfranken (ausschließlich und vollständig Beratungsstelle Demenz Untermain) und dem Freistaat Bayern (jährlich ca. 18.000 € für die „Fachstelle für pflegende Angehörige“). Die Stiftung Altenhilfe hatte darüber hinaus für die Jahre 2008 bis 2012 zunächst eine Anschubfinanzierung gegeben.

Nach Wegfall der Förderung durch die Stiftung Altenhilfe erbringt der Landkreis seit 01.01.2013 eine Förderung von jährlich bis zu 50.000 €, wobei die Pflegeüberleitung der Kliniken Miltenberg-Erlenbach und die Beratungsstelle Demenz Untermain von der Landkreisförderung von Anfang an ausgenommen waren und die Verbände einen Eigenanteil von mindestens 10 % der Gesamtkosten erbringen müssen.

	Bewilligt bis zu ...	Gezahlt für ...	Trägeranteil
2013	50.000,00 €	43.402,88 €	55.219,22 €
2014	50.000,00 €	43.857,65 €	38.513,15 €
2015	50.000,00 €	42.120,71 €	43.997,25 €
2016	50.000,00 €	44.341,21 €	7.570,10 €
2017	50.000,00 €		

Der grundsätzliche Beschluss für die Übernahme der Förderung der Beratungsstelle aus Landkreismitteln erfolgte in den Sitzungen des Bildungsausschusses am 29.11.2012 und des Kreistags am 17.12.2012, nachdem in diesem Zusammenhang gleichzeitig die Investitionskostenförderung der ambulanten Pflegedienste (zuletzt 102.900 € für das Jahr 2012) für die Zeit ab 01.01.2013 eingestellt wurde.

Die Beratungszahlen – hier vornehmlich der von uns im Wesentlichen geförderten Fachstelle für pflegende Angehörige – sind seit Eröffnung der Beratungsstelle bei nahezu unverändertem Personaleinsatz (um 1,1 VZK) kontinuierlich gestiegen von um 100 pro Jahr in den Anfangs- und Aufbaujahren auf zuletzt 538 im Jahr 2017 (siehe S. 9 des Jahresberichts).

Auch die Zahl der sonstigen Veranstaltungen ist tendenziell gestiegen (allein 17 Fachvorträge von Herrn Konrad Schmitt im Jahr 2017, daneben Schulungen für pflegende Angehörige, Workshops für Gemeindebedienstete, Veranstaltungen, Infostände; siehe S. 13 - 14 des Jahresberichts).

In der Kuratoriumssitzung der BSA am 19.10.2017 teilte die hauptamtliche Fachkraft mit, dass die Beratungsanfragen mit der aktuellen Besetzung allmählich nicht mehr zu bewältigen seien. Aktuell seien die Wartezeiten für eine Beratung durchschnittlich zwischen 2 - 3 Wochen in den jeweiligen Fachstellen. Hausbesuche würden derzeit aus personellen Gründen nicht angeboten. Die Mitarbeiter erführen zunehmend Unmut über die langen Wartezeiten, obwohl versucht werde, einen Großteil telefonisch abzuklären. In Einzelfällen sei es daher auch schon zu Ablehnungen von Beratungsanfragen gekommen.

Die Kuratoriumsmitglieder hatten gemeinsam bis zur Rückübernahme der Pflegeüberleitung durch Helios Ende 2015 Trägeranteile von jährlich zwischen 40.000 und 50.000 € selbst aufgebracht, erst seit 2016 bewegt sich der Trägeranteil eher um die geforderten 10 %, wobei die dem Antrag beiliegende Haushaltsplanung 2018 erneut Trägermittel von 17.080 € / 96.900 € = ca. 18 % vorsieht. Die Motivation der Trägerverbände zur Mitfinanzierung dieser gemeinsamen Stelle ergibt sich allein aus dem solidarischen Interesse an einer neutralen und trägerunabhängigen Beratung der Ratsuchenden. Dabei beteiligen sich aber auch nicht alle Verbände und Einrichtungen im Landkreis. Die beteiligten Verbände beantragen deswegen mit beiliegendem Antrag, den Förderbetrag des Landkreises um jährlich 20.000 € auf künftig bis zu 70.000 € aufzustocken.

Die geplante Personalaufstockung ab 01.07.2018 um zunächst etwa eine halbe Stelle erscheint dringend geboten und ist vor dem Hintergrund der kontinuierlich gewachsenen Beratungszahlen und der weiter zunehmend älter werdenden Gesellschaft absolut angemessen.

Entsprechende Haushaltsmittel sind eingestellt.

Kreisrat Dr. Linduschka sagt, dass dies trotz Mehrausgaben einer der sinnvollsten Beschlüsse sei, die das Gremium fassen könne. Mit Konrad Schmitt habe man eine Idealbesetzung. Herr Schmitt sei sachlich und gleichzeitig menschennah. Er weist darauf hin, dass wenn das Grundprinzip „ambulant vor stationär“ weiter fortgeführt werden solle, und wenn man bedenke, dass die Altersstruktur der Bevölkerung immer höher werde, und dass die Belastung für die Angehörigen enorm groß sei, wenn sie sich um ihre an Demenz erkrankten Angehörigen kümmern, dann sei so eine Beratung dringendst notwendig. Gott sei Dank gebe es hier auch viele Ehrenamtliche und Freiwillige. Man müsse alles dafür tun, dass es so weiterlaufe. Besser, auch finanziell günstiger und effektiver, könne man diese Leistung nicht bekommen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig,

folgendes zu beschließen:

1. „Der Landkreis Miltenberg gewährt ab 01.07.2018 bis auf Weiteres, längstens bis vorläufig 31.12.2020, eine Förderung für die „Beratungsstelle für Senioren und pflegende Angehörige“ von jährlich bis zu 70.000,00 €, soweit
 - nach Ausschöpfung von Fördermöglichkeiten durch Dritte und
 - nach Abzug eines Eigenanteils der beteiligten Verbände und Einrichtungen von 10 % der Gesamtkosten

ein ungedeckter Bedarf in mindestens dieser Höhe verbleibt.

2. Für das Jahr 2018 wird ein maximaler Betrag von 60.000,00 € gewährt.
3. Die Gewährung erfolgt unter der Voraussetzung, dass ein Vertreter des Landkreises bei den Sitzungen der beratenden und entscheidenden Gremien beteiligt wird.“

Tagesordnungspunkt 5:

Erstellung eines neuen gemeinsamen digitalen Wegweisers für Menschen mit Behinderung für die Region I und den Landkreis Main-Spessart

Herr Dr. Dittmeier berichtet, dass seit 2008 die Stadt Aschaffenburg und die Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg zusammen mit der Stadt Hanau und dem Main-Kinzig-Kreis einen gemeinsamen digitalen Wegweiser für Menschen mit Behinderung bereitgehalten hatten. Vom Main-Kinzig-Kreis wurden die Software erstellt und gepflegt sowie die Serverkapazitäten bereitgehalten. Der Main-Kinzig-Kreis ist nun aus diesem gemeinsamen Projekt ausgestiegen und wird künftig das Programm auch nicht mehr weiterpflegen. Aufgrund dessen ist eine Weiternutzung des Programms und eine Aktualisierung des Dateninhalts für die drei Gebietskörperschaften der Region I Bayerischer Untermain nicht mehr möglich.

Um das Informationsangebot für Menschen mit Behinderung weiterhin aufrecht zu erhalten, ist es deshalb notwendig, einen neuen Wegweiser zu erstellen. Hierfür gibt es verschiedene Software-Anbieter, die bereits am Markt etabliert sind.

Der neue Wegweiser soll sowohl mit Tablets als auch mit Smartphones genutzt werden können.

Die geeigneten Objekte sollen wiederum – wie bei seinem Vorgänger – vor Ort erhoben werden.

An dem neuen gemeinsamen Wegweiser will sich auch der Landkreis Main-Spessart beteiligen.

Kreisrätin Wolf-Pleißmann findet diese Maßnahme sehr sinnvoll und begrüßenswert.

Kreisrat Dr. Fahn sagt, dass die Fraktion der Freien Wähler diesen Beschluss unterstütze. Er möchte wissen, wie die Belange von Blinden, Hörgeschädigten und Rollstuhlfahrern im Einzelnen erfasst würden.

Herr Dr. Dittmeier antwortet, dass es für die Blinden mittlerweile technisch kein Problem sei. Man werde die Belange wie gewohnt vor Ort erfassen, damit alles tatsächlich auch so sei, wie beschrieben.

Die Mitglieder des Ausschusses fassen den einstimmigen

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Stadt und den Landkreisen Aschaffenburg und Main-Spessart unter Einbeziehung einer etablierten Software und der Erhebung der notwendigen Daten vor Ort einen neuen digitalen Wegweiser für Menschen mit Behinderung für die Region I Bayerischer Untermain und den Landkreis Main-Spessart zu erstellen.

Tagesordnungspunkt 7:

Sachstand Bayerische Ehrenamtskarte

Frau Schillikowski berichtet anhand beiliegender Präsentation zum Sachstand der Ehrenamtskarte.

Landrat Scherf hält fest, dass der deutsche Staat ohne das bürgerschaftliche Engagement keinen einzigen Tag funktionieren würde. Hierbei gehe es zum einen um die Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements durch den Einzelnen. Aber es gehe auch darum, der Bevölkerung immer wieder zu zeigen, dass man davon lebe, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger engagieren.

Mit dem Ergebnis im Landkreis Miltenberg könne man gemeinsam zufrieden sein und weiterhin daran arbeiten. Der ständige Austausch mit den Ehrenamtlichen und Akzeptanzpartnern sei sehr wichtig.

Kreisrat Dr. Fahn sagt, dass das bürgerschaftliche Engagement einen großen volkswirtschaftlichen Wert habe. Von der Uni Eichstätt gebe es eine Untersuchung, dass der Einsatz von 1 EUR bürgerschaftliches Engagement einen volkswirtschaftlichen Nutzen von 7,30 EUR habe. Die Darstellung sei sehr eindrucksvoll gewesen und zeige, dass man diese halbe Stelle unbedingt dauerhaft benötige. Es seien immer wieder neue Arbeiten zu erledigen wie z.B. neue Akzeptanzpartner zu gewinnen. Deswegen sei diese Stelle im Landratsamt sehr wichtig und gut. Dies sollte im Kreistag dann auch parteiübergreifend anerkannt werden.

Kleinen Nachholbedarf gebe es darin, dass alle Kommunen als Akzeptanzpartner mitmachen sollten.

Nach ihren Wünschen gefragte Ehrenamtliche hätten mitgeteilt, dass sie sich an erster Stelle Vergünstigungen im öffentlichen Personennahverkehr, Gastronomie, Kino, dann Unterkünfte, Freizeitpark, Schwimmbäder, Spaßbäder, Theater, Konzerte und dann Lebensmittelgeschäfte wünschten. Dies solle in Zukunft auch berücksichtigt werden.

Landrat Scherf betont, dass es nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch von den Ideen her staatlich nicht zu organisieren wäre. Man benötige die Talente der Menschen in diesem Land.

Kreisrat Dr. Linduschka erwähnt, dass manchmal eine Auseinandersetzung ganz wichtig sei, um auf allen Seiten zu merken, wie es gut laufe. Die Einführung der Ehrenamtskarte sei ein Musterbeispiel dafür. Frühere Auseinandersetzungen nach dem Motto „Das würde eine Bezahlung bedeuten, das wollen wir nicht“, diese ganzen Ängste seien weg. Es sei eingeordnet, jeder wisse, wie man es annehme. Es sei eine Anerkennung, die dringend nötig und sinnvoll sei. Und diese Anerkennung könne man mit zusätzlichen Akzeptanzpartnern und Angeboten noch attraktiver machen. Es sei wirklich eine ideale Aufwertung und Einschätzung des unabdingbaren Ehrenamtes, die man im Landkreis vorgenommen habe. Er danke allen Beteiligten dafür.

Landrat Scherf ergänzt, dass Demokratie nicht besser funktionieren könne. Intensiv und kontrovers diskutieren, Mehrheitsentscheidung, gute Umsetzung.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 8:

Rückblick und Ausblick: Kulturwochenherbst 2017 und 2018

Frau Fleischmann berichtet zum Kulturwochenherbst 2017 und 2018 sowie zum Internationalen Chorwettbewerb 2018 anhand beiliegender Präsentation.

Zum Kulturwochenherbst 2017 stimmt Kreisrat Dr. Linduschka Frau Fleischmanns Aussage völlig zu, dass man manchmal qualitativ wirklich gute Veranstaltungen auch durchführen sollte, auch wenn die Besucherzahlen mal gering seien. Dies gelte vor allem auch für die Oper

für die Kinder. Es sei dieses Jahr eine glänzende Oper gewesen, aber leider ein ganz enttäuschender Besuch, was er überhaupt nicht verstehen könne. Es sei sehr schade, aber es sollte nicht bedeuten, dass man es aufgebe, weil es erstens einen Bildungsauftrag gebe, es aber auch eine tolle Möglichkeit sei, um Kinder an Oper und ihren Reiz heranzuführen.

Landrat Scherf unterstreicht, dass man, in positivem Sinne, beharrlich bleibe. Das Problem sei, dass viele Leute vor Opern zurückschreckten. In seiner Zeit als Lehrer habe er durchweg positive Erfahrungen mit dem Besuch der Oper gemacht. Er habe nicht nur mit Grundschüler*innen, sondern auch mit den Mittelschüler*innen teilgenommen. Teilweise hätten sich zwar Lehrer geweigert, die Oper zu besuchen, aber alle, die dort gewesen seien, hätten durchweg positiv reagiert.

Kreisrat Dr. Linduschka freut sich, dass die Gerüchte nicht stimmten, dass der Internationale Chorwettbewerb abgespeckt werden sollte und somit das Chorfestival seinen Charakter verliere. Die Chöre und die Mischung seien exzellent und das Programm sehe auch sehr gut aus. Personell habe es wohl einen Umbruch gegeben. Er möchte wissen, ob es wieder einen Festivalchor wie den unter Herrn Müller gebe.

Frau Fleischmann antwortet, dass es im Main-Echo einen kleinen Aufruf gegeben habe, dass Sänger*innen für den Festivalchor gesucht würden. Sie habe alle ehemaligen Sänger*innen des Festivalchors angeschrieben, habe jeden Chor angeschrieben und hoffe jetzt darauf, dass sich genug Sänger*innen finden, dass der Festivalchor auch weiter eingesetzt werden könne. Bisher seien die Rückmeldungen leider sehr schwach.

Herr Müller habe sich dazu entschlossen, nicht mehr als musikalischer Leiter für den Chorwettbewerb zur Verfügung zu stehen. Im Sängerkreis Obernburg habe man einen sehr aktiven Kreischorleiter, Herr Patrick Lagerpusch, der sehr viel Erfahrung mitbringe, und der sie jetzt in musikalischen Fragen unterstütze und diesen Festivalchor leiten werde.

Landrat Scherf ergänzt, dass man für das Konzept dieses Internationalen Chorwettbewerbs gemeinsam mit den beiden Sängerkreisen stehe. Man sei bei dem Internationalen Chorwettbewerb auch auf die Begeisterungsfähigkeit der Chöre im Landkreis angewiesen, d.h. man brauche zum einen die Sänger*innen, die Spaß und Freude daran hätten, im Festivalchor zu singen. Zum anderen brauche man die Begeisterungsfähigkeit der Chöre im Landkreis als Besucher, aber auch als Gastgeber, die sagten, ja, man wolle einen Chor bei sich einladen. Es sei eine Art der Völkerverständigung. Es könne zwar anstrengend sein, aber es seien Erfahrungen, die man nie in seinem Leben vergesse.

Kreisrätin Fecher stimmt Kreisrat Dr. Linduschka zu und freue sich ebenfalls ganz besonders, dass die Gerüchte nicht stimmten, denn der Internationale Chorwettbewerb sei für die Chöre im Landkreis eine Mittelpunktveranstaltung und hätte einen unschätzbaren Wert für die Chöre des Landkreises.

Landrat Scherf zeigt sich überrascht, wie sich die Negativbotschaften so halten könnten. Im Januar/Februar 2017 habe man die Leitplanken eingeschlagen. Weiterhin habe er im Frühjahr 2017 bei den beiden Ehrennachmittagen der beiden Sängerkreise persönlich gesagt, dass der Internationale Chorwettbewerb stattfinden werde und man die Beteiligung benötigen würde.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 10:

Im Gremium bestanden keine Anfragen.

gez.

Scherf
Vorsitzender

gez.

Zipf-Heim
Schriftführerin